Redaktion, Druck und Verlag
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.
Mitredakteur: R. Hahn.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr., monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 584. Abendblatt. Sonnabend, den 12. Dezember 1868.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Einundzwanzigste Sitzung vom 11. Dezember.

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung nach $10\frac{1}{4}$ Uhr.

Am Ministertische mehrere Regierungs-Kommissare.

Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten. Gegenstand derselben ist die Fortsetzung der Vorberathung des Staatshaushalts-Etats für 1869. — Ablösung von Domänengefällen. — Der Etat wird genehmigt.

Es folgt der Etat der Forstverwaltung.

Der Reg.-Komm. Ober-Landforstmeister v. Hagen leitet die Berathung durch eine erläuternde Uebersicht über die Details des Etats ein und fügt hinzu: Wenn in der Presse, namentlich in der österreichischen Presse, die tendenziöse Behauptung verbreitet ist, daß die preußische Forstverwaltung nicht mehr nachhaltig wirthschafte, so halte ich mich für verpflichtet, hier öffentlich zu erklären, daß diese Behauptung unwahr ist. Es gehört eine Portion Unwissenheit oder Böswilligkeit zu einer solchen Behauptung, wenn man aus dem Steigen der Einnahme vom Holzschlag dies folgern will. Es ist dies vielmehr eine natürliche Folge einer günstigen Entwickelung der Forstverwaltung überhaupt.

Abg. v. Saltzwedell (Gerdauen) empfiehlt einen von ihm gestellten Antrag, dahin gehend: „Die Staatsregierung aufzufordern, die Kulturfonds für die Forsten der älteren Provinzen bei Aufstellung der künftigen Etats dergestalt zu erhöhen, daß alle Forstflächen vollständig kultivirt werden können."

Die Kommissarien des Hauses, Abg. Schimmelpfennig und Genossen beantragen: „Die Staatsregierung aufzufordern, von dem Betrage von 75,000 Thlr. zu Forstkulturen einen Antheil von mindestens 50,000 Thlr. den Regierungen zu Königsberg und Gumbinnen zu überweisen."

Der Reg.-Komm. v. Hagen erklärt, daß der Antrag v. Saltzwedell mit den Intentionen der Staatsregierung übereinstimme; dagegen halte er das Haus nicht für genügend informirt, den Antrag v. Saltzwedell anzunehmen.

Abg. Schmidt (Stettin) empfiehlt die Genehmigung des Etats in der von der Regierung vorgelegten Form.

Abg. Lauenstein richtet an die Regierung die Frage, wie viel von den einzuziehenden Forstmeisterstellen auf die Provinz Hannover kommen?

Reg.-Komm. v. Hagen: Die Zahl der in Hannover zur Einziehung kommenden Stellen bin ich anzugeben augenblicklich außer Stande. Was die Organisation der Forstverwaltung in Hannover betrifft, so bemerke ich, daß es die Absicht ist, die Revierförster in Hannover den altländischen Oberförstern gleichzustellen, die Forstmeister aber von der unmittelbaren Theilnahme an der Verwaltung zu entbinden.

Abg. Twesten motivirt die Verschiedenheit der Verwaltung in den alten und neuen Provinzen und weist darauf hin, daß in Hannover die vierfache Zahl der Oberförster und die sechsfache Zahl der Unterförster, wie in einem gleich großen Distrikt in den alten Provinzen existirten.

Die allgemeine Besprechung ist geschlossen. — Zur Spezialberathung Tit. 1 der Ausgaben beantragt Abg. Schmidt (Stettin): die Staatsregierung aufzufordern: „die Verbindung des reitenden Feldjägerkorps mit der Forstverwaltung aufzuheben."

Abg. Schimmelpfennig bekämpft diesen Antrag, indem er behauptet, daß die Feldjäger stets weit besser vorbereitet seien, als die Civileleven. Der Feldjäger sei stets in seinem Beruf.

Abg. Schmidt (Stettin): Die Stellung der Feldjäger sei gegen früher vollständig verändert. Schon früher, im Jahre 1862 habe das Haus erklärt, daß das Korps der reitenden Feldjäger gar keine Bedeutung mehr habe; die feinen gebildeten jungen Leute (Feldjäger) seien zu Schade, als Briefträger verwendet zu werden. Dieselben müßten jetzt mehr als früher dem praktischen Dienste zugewendet werden.

Reg.-Komm. v. Hagen: Bei der angeregten Frage sind nicht allein die Interessen der Forstverwaltung, sondern auch sehr wesentlich die Interessen der Militär-Verwaltung und des auswärtigen Ministeriums betheiligt.

Die Diskussion wird geschlossen. Die Abstimmung über den Antrag Schmidt (Stettin) ist zweifelhaft, weshalb zur Zählung geschritten werden muß. Diese ergiebt die Annahme des Antrages mit 155 gegen 153 Stimmen. Abg. v. Denzin beantragt namentliche Abstimmung.

Das Resultat dieser Abstimmung ist die abermalige Annahme des Antrages mit 173 gegen 153 Stimmen.

Wegen eines mit dem Grafen Stolberg-Wernigerode vorgenommenen Tauschgeschäfts von 50,000 Morgen Waldkomplex richtet Abgeordneter Plehn (Danzig) an die Staatsregierung die Anfrage, woher sie die Ermächtigung zu diesem Tauschgeschäfte genommen habe? Der Reg.-Kommissar v. Hagen erwidert darauf, daß die Regierung von der Ansicht ausgehe, Vertauschungen, die im Interesse der Domänen-Verwaltung liegen, ohne Zustimmung des Landtages vornehmen zu können und um eine solche handle es sich hier. — Abg. v. Patow bemerkt, daß bei dem Geschäft weder die Verfassungsurkunde noch die konstante Praxis verletzt sei.

Abg. Plehn (Danzig) behält sich für die Schlußberathung einen besonderen Antrag vor.

Abg. Lasker: Das Haus habe ausdrücklich beschlossen, daß Veräußerungen nicht ohne Zustimmung des Hauses vorgenommen werden dürfen.

Abg. v. Patow: Die Vorredner verwechseln Staatseigenthum mit den Domänen.

Abg. Dr. Achenbach: In Betreff der Domänen sei die Frage noch nicht zum Austrag gebracht.

Abg. Heise verwahrt sich und seine Freunde gegen die Ansicht Lasker's. — Die Sache ist damit erledigt. — Der oben mitgetheilte Antrag des Abg. Salltzwedel wird angenommen.

Zu den außerordentlichen Einnahmen liegt der Antrag des Abg. v. Schimmelpfennig vor, der von dem Antragsteller vertheidigt wird. — Abg. v. Hoverbeck erachtet es nicht für wünschenswerth, daß ein solcher Antrag von einem Einwohner jener Provinz gestellt wird. Dieselbe sei im vergangenen Jahre in solcher Weise unterstützt worden, daß sie auch jeden Schein vermeiden müsse, als ob sie mit ungerechten Anforderungen komme. — Abg. v. Schimmelpfennig zieht Namens der Kommissäre des Hauses den Antrag zurück. — Die einzelnen Positionen des Etats werden genehmigt.

Der Präsident zeigt an, daß der Finanzminister die von den Kommissarien des Hauses verlangte Nachweisung der Mahl- und Schlachtsteuer-Erträge übersendet habe. — (Der Kultusminister von Mühler tritt ein.)

Es folgt der Etat des Kultus-Ministeriums.

Der Reg.-Kommissar Geh. Ober-Reg.-Rath Knerk giebt zum Eingange der allgemeinen Besprechung, zu der sich ca. 25 Redner gemeldet haben, eine kurze erläuternde Uebersicht über die einzelnen Etats-Positionen, wobei er sein Bedauern ausspricht, daß in Folge der allgemeinen Finanzlage des Staats manche Bedürfnisse der Unterrichtsverwaltung hätten unbefriedigt bleiben müssen.

Abg. Dr. Forchhammer bedauert, daß der sehr ausgezeichnete Dezernent für das Unterrichtswesen in den Herzogthümern Schleswig-Holstein einem andern aus den alten Provinzen habe weichen müssen, der mit den Verhältnissen nicht vertraut sei.

Abg. Richter (Sangershausen): Es ist mein Wunsch, Ihre Aufmerksamkeit auf die Aufgaben zu richten, welche dem Herrn Minister bei der jetzigen Lage des Staats gestellt sind. Von Seites des Hauses ist seit zwei Jahren nichts geschehen, um auf dem Gebiete des Kultus den Frieden zu stören. Dennoch müssen wir fragen: wo finden wir den Frieden im Lande? weder in den alten, noch in den neuen Provinzen ist Friede. Es ist die Verheißung, daß unter der Leitung des Herrn Ministers für Kultus-Angelegenheiten überall Friede im Lande dauern werde, nicht in Erfüllung gegangen, sondern im Gegentheil: überall Unfriede und Unwillen. (Sehr richtig!) Der Herr Minister verfolgt mit Konsequenz ein System, welches er so lange verfolgt hat, als er in der höheren Verwaltung arbeitet, noch ehe er in das Ministerium eintrat. — Es ist bisher bei der Selbstverwaltung noch nicht von der Kirche die Rede gewesen und grade diese große Korporation hat den ersten Anspruch darauf, zur Selbstverwaltung zu gelangen; sie hat den Anspruch darauf durch die Verfassung verliehen erhalten. Der Herr Minister hat eine Abneigung gegen die Selbstverwaltung der Kirche und er giebt uns nur den Schein dafür und dafür möge er uns behüten. — Die provinzielle Kirchenverfassung in Hannover hat viel Gutes, aber der Herr Minister macht nicht die geringste Anstalt, um die Synoden zur Ausführung zu bringen. In Hannover meint man, daß der Minister genau so denke, wie die frühere welfische Regierung. Ich finde die Gründe dafür in dem System, welches der Herr Minister verfolgt und welches ich kurz bezeichnen will als das System der neuen Orthodoxie. — Man soll den Namen des großen Reformators nicht benutzen, um Partikularismus und Preußenfeindlichkeit zu unterstützen und in das Konsistorium zu Hannover ist ein Mann berufen, welcher der extremsten Richtung angehört. — In dem Verbot der Schleiermacherfeier sieht man den Geist des Systems, welches der Herr Minister in die neuen Provinzen einführen will. Es war eine erhebende Feier und ich hätte gewünscht, daß der Herr Minister zugegen gewesen wäre. (Sehr wahr!) Auf dem Gebiete des Volks-Unterrichts ist der Herr Minister bemüht, die Pflichten, nicht aber die Rechte zu gewähren; es geschieht dies ebenfalls, weil der Herr Minister gegen die Selbstverwaltung eingenommen ist. Ein Zeichen dafür ist die Einführung des Flügge'schen Lesebuches. (Aha! rechts). Das Geschichtliche in diesem Buche ist gut, aber das Religiöse, was dazu gesetzt ist, schmeckt nach dem krankhaftesten Pietismus, den ich kenne. (Sehr richtig!) Das Buch endet mit dem bezeichnenden Vers: „In dieser langen betrübten Zeit, verleihe uns Herr Beständigkeit!" (Heiterkeit!) Damit hängt auch der schreiende Rückstand der wissenschaftlichen Bildung der Theologen auf den Universitäten zusammen. (Lebhafter Beifall links! Zischen rechts!)

Kultusminister v. Mühler: Der Herr Abgeordnete hat Veranlassung genommen, eine Uebersicht zu geben über das System, nach welchem, nach seiner Ansicht das Kultusministerium geleitet wird. Ich fasse zunächst die Verhältnisse ins Auge, welche sich in Beziehung auf die evangelische Kirche und ihre Entwickelung dem Kultusministerium gegenüber herausgestellt haben. Wenn die letztere Zeit eine größere Bewegung, eine größere Unruhe auf dem Gebiete der Kirche hervorgerufen hat, so glaube ich dies nicht als einen Schaden bezeichnen zu sollen. Aus der Bewegung und dem Kampf wird sich für unsere evangelische Kirche vieles und Gutes entwickeln und ich bin nicht Derjenige, der den Kampf scheut, wenn er angeboten wird. Wenn der Redner aber aber behauptet, daß die synodale Entwickelung auf dem Gebiete der Kirche keine Fortschritte gemacht hat, so ist dies ein Vorwurf, den ich nicht anerkennen kann; ich habe auf diesem Gebiete nicht die Initiative und ich kann versichern, daß es mein lebhafter Wunsch gewesen, wenn diese Entwickelung mehr vorwärts geschritten wäre. Ich halte dafür, daß die Bildung einer evangelischen Provinzial-Synode ein dringendes Bedürfniß für die weitere Entwickelung ist, und es ist mein Bestreben, was in meinen Kräften steht, dieses Ziel zu erreichen, nicht fehlen zu lassen. Gehe ich von da über auf das, was in den neuen Provinzen geschehen ist, so hat das preuß. Gouvernement in den ersten 4 Wochen nach Hannover die ganz bestimmte Anweisung erlassen, daß mit der Bildung von Bezirks- und Provinzial-Synoden sofort vorgegangen werde. Die Schwierigkeit der Durchführung lag auf dem Gebiete der Administration; die Eintheilung der Synoden beruhte auf alten historischen Erinnerungen, welche erst ausgeglichen werden mußten, was ohne lange Verhandlungen nicht zu bewirken war. Ich kann den kirchlichen Behörden in Hannover das Zeugniß geben, daß sie in dem Entwickelungsgange mit der größten Bereitwilligkeit entgegen gekommen ist. Wenn der Abgeordnete von Berufungen in Hannover gesprochen, so weiß ich von keiner solchen (Ruf: Uhlhorn!) Der Geheimrath Uhlhorn ist in der Stellung verblieben, welche er früher inne hatte. Die Staatsregierung ist weit entfernt davon, einer selbstständigen Entwickelung der evangelischen Kirche in den neuen Provinzen entgegen zu treten; es soll mit den Synoden ein wirklich repräsentativer Charakter verbunden werden. — Auf die angeregte Unterrichtsfrage brauche ich nicht näher einzugehen (oho!). Ueber das Lesebuch in Hannover ist schon viel gesprochen; es ist das, was bereits seit 10 Jahren in Hannover üblich ist und wenn man der Staatsregierung den Vorwurf macht, daß sie dies hat bestehen lassen, so hat dabei die Rücksicht obgewaltet, auf diesem Gebiete mit einer Schonung vorzugehen. (Oho! Bravo!) Der Geist der Freiheit und Erkenntniß wird auf diesem Gebiete abstoßen, was nicht zu ihm gehörig ist. Wenn irgendwo, so muß die Regierung gerade auf dem kirchlichen Gebiete dem Geiste der Freiheit vertrauen und ihm die Entwicklung überlassen, nur darauf achten, wohin die Entwickelung weist und nachhelfen. Es ist behauptet, daß die Bildung unseres Lehrerpersonals auf einer geringeren Stufe stehe, als früher. Es ist schwer, ein solches Urtheil in Pausch und Bogen abzuwehren; ich könnte dies thun; aber ich möchte nicht den Schein einer Selbstzufriedenheit auf mich laden, vielmehr gern anerkennen, daß auf diesem Gebiete es einer unermüdlichen Thätigkeit auch fernerhin bedarf, um die Höhe zu behaupten und die Entwickelung zu fördern, zu der unsere deutsche deutsche Nation meiner Meinung nach berufen ist. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Künzer erklärt zunächst, daß die Katholiken in Preußen sich einer eben solchen Freiheit erfreuten, als in Oesterreich. Ich kann mit derselben Befriedigung auf die kirchliche Entwickelung hinweisen, wie auf die Entwickelung auf dem Gebiete der Unterrichts-Verwaltung. (Sehr richtig!) Wir verdanken die Freiheit der Staatsregierung und dem Art. 15 der Verfassung, der für uns ein Palladium ist. Ich hoffe, daß die Freiheit uns auch ferner gewährt werden wird. Die Einigung Deutschlands ist nur möglich durch das Festhalten an dem Rechte der Parität, und dieses Recht ist in Preußen mehr gesichert, als in Staaten, in denen die katholischen Bevölkerungen die Majorität bilden. (Bravo!) Darum danke ich Gott, daß ich Preuße bin. (Beifall.) — Der Redner spricht darauf den Wunsch nach Errichtung katholischer Gymnasien aus und berührt dabei den bekannten Breslauer Fall. Jeder Katholik in Breslau würde auch den jüdischen Bewohnern ein jüdisches Gymnasium von Herzen gönnen. (Sehr richtig!) Berlin habe auch kein katholisches Gymnasium, nur ein Pro-Gymnasium, nicht aus dem Stadtsäckel, sondern aus Beiträgen der Katholiken. Redner warnt vor der Trennung von Kirche und Schule und vor der Konfessionslosigkeit der Volksschule. Die katholische Kirche habe gar keinen Einfluß auf höheren Gymnasien. Im Interesse des Staats solle man nicht darauf drängen, weil es Unfriede und Aergerniß erregt. (Bravo rechts.)

Abg. Lent weist die Angriffe des Vorredners gegen die Stadt Breslau zurück. In der Frage der Konfessionslosigkeit der höhern Lehr-Anstalten, glaube die Stadt Breslau einen der Punkte zu haben, in denen sie sich über das unberechtigte Eingreifen des Staatsministerium zu beschweren habe.

Der Kultusminister erwidert, daß der Breslauer Fall bei Gelegenheit der Berathung der darüber eingegangenen Petition werde zum Austrag gebracht werden können, hier sei nicht der Ort dazu. Ueber die Gesangbuchfrage könne er keine Auskunft ertheilen, diese sei der Kognition des Ministeriums entgegen.

Hierauf wird die Sitzung um 4 Uhr vertagt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr. Tages-Ordnung: Antrag Windhorst wegen Aussetzung des Strafverfahrens gegen den Abg. Parisius und Fortsetzung der Budgetberathung.

Deutschland.

□ **Berlin**, 11. Dezember. Der gestern erwähnte Artikel der „France" liegt jetzt vollständig vor. Das französische Blatt spricht seine Verwunderung aus, daß die bekannten Artikel des „Journal des Debats", welche den Status quo in Deutschland unter eine europäische Garantie gestellt zu sehen wünschen, von preußischen und deutschen Blättern mit einer so großen Lebhaftigkeit besprochen worden seien. Das Blatt hat also nicht einmal eine richtige Auffassung von der gerechten Empfindlichkeit, welche in dem deutschen und preußischen Nationalgefühl durch dergleichen Projekte erregt werden muß und findet selbst eine so maßvolle Erwiderung wie die der „Spen. Ztg." unbegreiflich. Man sieht daraus, daß die „France" die Artikel des „Journal des Debats" um jeden Preis zu entschuldigen sucht, und aus dem Interesse, das sie für dieselben ausspricht, daß beide Blätter einen und denselben Strang ziehen und zwar allen Anzeichen nach auf Grund österreichischer Inspirationen hin. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese, ebenso wie die frühern preußenfeindlichen Auslassungen dieser Blätter dem österreichischen Botschafter in Paris zuschreibt. Wie wir schon früher bemerkt haben, setzt das „Journal des Debats" bei seinen Artikeln Thatsachen voraus, die gar nicht vorhanden sind, und sind die Vorschläge des Blattes, denen also obendrein aller Boden fehlt, eine vollständige Beleidigung für Preußen und Deutschland, involviren eine Einmischung, die sich kein Staat gefallen lassen kann. Und in der That würde auch Preußen nöthigenfalls keinen Spaß treiben, sondern das Anerbieten der in Frage stehenden Vermittelung mit einem Aufruf an die Nation zur Aufrechterhaltung ihrer Würde beantworten. — Nach einer Berliner Nachricht in verschiedenen Blättern soll der Gesundheitszustand des Finanzministers Herrn v. d. Heydt besorgnißerregend sein, da sich zu seinem Fußleiden eine innere Krankheit gesellt habe. Wir können dieser Nachricht glücklicherweise widersprechen. Zu den gichtischen Zufällen hatten sich allerdings fieberhafte Erscheinungen eingestellt, doch ist in jüngster Zeit eine so entschiedene Besserung in dem Zustande des Herrn v. d. Heydt eingetreten, daß er bereits das Bett wieder verlassen hat. — Der Ausschuß für Handel und Verkehr hat dem Bundesrath Bericht über den Antrag wegen Einsetzung eines besoldeten Bundes-Konsuls in Pesth erstattet. Der Ausschuß spricht sich in beistimmendem Sinne aus und beantragt schließlich: die Errichtung eines besoldeten Bundes-Konsulats in Pesth sowie die zu dessen Dotirung erforderliche Summe von 5800 Thlr. (1500 Thlr. persönliches Gehalt für den Konsul, 3500 Thlr. Lokalzulage für denselben und 800 Thlr. für einen der ungarischen Sprache mächtigen Büreau-Beamten) genehmigen zu wollen. Als Motive zur Errichtung eines solchen Konsulats werden vor Allen der lebhafte Verkehr zwischen Norddeutschland und Ungarn und die veränderte politische Stellung Ungarns angeführt. — In einigen liberalen Blättern wird die alberne Behauptung aufgestellt, daß der Minister des Innern nicht recht wisse, was unter Selbstverwaltung zu verstehen sei. Die Herren, die solch Zeug schreiben, müssen die letzten Reden, die der Minister im Abgeordnetenhause gehalten hat, entweder nicht gelesen haben, oder sie absichtlich ignoriren; sie müssen auch das nicht kennen, was als Thatsache in Hannover und überhaupt in den neuen Provinzen vorliegt. Im Abgeordnetenhause hat sich der Minister über die Art und die Ziele der Selbstverwaltung, sowie über die Wege, die zu ihr führen, mit einer Klarheit ausgesprochen, die nichts zu wünschen übrig läßt, und andererseits haben die Prinzipien, über die er sich hier ausgelassen hat, zum Theil ihre thatsächliche

Verwirklichung auch schon in den neuen Provinzen gefunden. — Bekanntlich sind den Mennoniten, um den Gewissensbedenken derselben so viel als möglich gerecht zu werden, in Betreff der Ableistung ihrer Militärpflicht schon früher gewisse Erleichterungen zu Theil geworden, so weit dies ohne Verletzung des Gesetzes geschehen konnte: sie sollen hiernach als Schreiber, Krankenwärter, Oekonomie-Handwerker, Trainsoldaten u. s. w. ihrer Militärpflicht genügen. Neuerdings ist nun noch in Folge einer Allerhöchsten Ermächtigung durch eine Verfügung des Kriegsministers und des Ministers des Innern bestimmt worden, daß auch für die nächsten beiden Jahre die mennonitischen Militärpflichtigen auch dann bis zum dritten Konkurrenzjahre vom Militärdienst zurückgestellt werden sollen, wenn die vorgedachten Gründe in der Ersatz-Instruktion nicht vorhanden sind. Auch bei den Entscheidungen über die Anträge mennonitischer Militärpflichtiger auf Auswanderung für längere Zeit soll eine mildere Praxis geübt werden. — Von dem Centralbüreau des Zollvereins ist eine Uebersicht der im Jahre 1867 in den freien Verkehr des Zollv.reins getretenen Waaren aufgenommen worden, woraus sich der Zollertrag jeder Waare ergiebt. Aus der Uebersicht ergiebt sich, daß die Luxusgegenstände die höchsten Steuereinnahmen liefern; allein die Südfrüchte und Kolonialwaaren (1,466,962 Thlr.), der Wein (1,623,252 Thlr.), der Kaffee (7,694,080 Thlr.), Tabaksblätter und Tabaksfabrikate (4,308,315 Thlr.), Konfituren (83,365 Thlr.), bringen eine Zolleinnahme von ca. 15 Millionen Thlrn., was viel mehr als die Hälfte der gesammten Zolleinnahmen für 1867 beträgt.

Berlin, 11. Dezember. Der Reiseplan Sr. Majestät des Königs zu den bevorstehenden Hofjagden bei Königs-Wusterhausen ist wie folgt festgesetzt worden: Dienstag, den 15., von Berlin Morgens 8 Uhr vom Görlitzer Bahnhofe per Eisenbahu-Extrazug über Königs-Wusterhausen bis dahin, wo in der Nähe des Dorfes Zeesen die Eisenbahn die Chaussee schneidet; demnächst mittelst der dort bereit stehenden Wagen nach dem Rendez-vous beim Forsthause Sauberg gegen $9\frac{1}{2}$ Uhr. Vier Freitreiben auf Roth-, Damm- und Schwarzwild ꝛc. in den Forstbeläufen Dubrow und Prierosbrück. Dejeuner im Walde zwischen dem 1. und 2. Treiben. Nach der Jagd per Wagen nach Königs-Wusterhausen. Diner im Schlosse daselbst um 7 Uhr. Anzug beim Diener: Frack, schwarze Kravatte. Logis: in Königs-Wusterhausen. Mittwoch, den 16., von Königs-Wusterhausen Morgens 8 Uhr per Eisenbahn-Extrazug bis zur Bahnhofsstation Halbe. (Dieser Extrazug, der in Königs-Wusterhausen die Herrschaften und Gäste aufnimmt, wird vom Görlitzer Bahnhof zu Berlin, Morgens $7\frac{1}{4}$ Uhr, abgelassen und befördert diejenigen Herren, welche speziell für diesen Tag zur Jagd eingeladen sind und sich von oder über Berlin nach dem Jagdterrain begeben.) Von Station Halbe, Morgens $8\frac{1}{2}$ Uhr, per Wagen nach dem Rendez-vous zwischen den Jagden 110 und 116 des Forstreviers Hammer, Morgens 9 Uhr. Fünf freie Treiben auf Roth-, Damm- und Schwarzwild ꝛc. Dejeuner im Walde nach dem zweiten Treiben. Nach der Jagd: zu Wagen nach Königs-Wusterhausen. Diner unmittelbar nach dem Eintreffen im Schlosse dasebst. Anzug: Jagdanzug. Rückkehr von Königs-Wusterhausen nach Berlin per Eisenbahn-Extrazug gegen 8 Uhr Abends. Den Gästen wird die Benutzung der Extrazüge freigestellt.

Berlin, 12. Dezember. Se. Majestät der König erschien am Donnerstag nach dem Schluß der Vorstellung im Opernhause in der Theegesellschaft bei dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin im Königl. Schlosse. Gestern Morgen fuhr er halb 9 Uhr zur Hofjagd nach dem Grunewald und waren bei der Ankunft auf dem Sammelplatze am Wann-See die Prinzen, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, der Prinz August von Würtemberg und die übrigen geladenen Herrschaften bereits versammelt. Mittags 1 Uhr wurde das Dejeuner im Freien eingenommen und nach beendigter Hofjagd kehrte der König mit der Jagd-Gesellschaft hierher zurück und nahm an dem Diner bei den Mecklenburger Herrschaften im Schlosse Theil.

— Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ist, wie man hört, durch die Landtags-Verhandlungen veranlaßt, schon am Montag mit Gemahlin nach Schwerin zurückzukehren und hat dieserhalb die Theilnahme an den Hofjagden in der Forst von Königs-Wusterhausen ablehnen müssen. Die Herzogin Marie ist bereits gestern früh nach Schwerin zurückgekehrt und der Erbgroßherzog und der Herzog Paul sind gestern Abends nach Dresden abgereist. — Heute findet aus Anlaß der Anwesenheit der Mecklenburger Herrschaften im Palais des Prinzen Albrecht Tafel statt.

— Der „H. B. H." wird von hier geschrieben: „Der Telegraph, welcher die ersten Mittheilungen über die in Konstantinopel und Athen gemachten Vermittelungsversuche überbrachte, scheint einigermaßen im österreichischen Interesse gearbeitet zu haben. Die Politik des Herrn v. Beust geht jetzt ersichtlich dahin, Oesterreich immer in innigster Verbindung mit den Westmächten, Preußen aber isolirt erscheinen zu lassen und die ersten telegraphischen Mittheilungen verkündeten denn auch nur die Gemeinsamkeit diplomatischer Schritte der genannten drei Mächte. Indeß erfährt man, daß auch Preußen das ganze Gewicht seines Einflusses in Konstantinopel geltend gemacht habe, um die Pforte von übereilten Schritten abzuhalten und in entsprechender Weise in Athen Vorstellungen gemacht habe, — hier wie dort mit bestem Erfolge."

— Den Berathungen der Beschlußnahme-Kommission, welche Donnerstag Abend um $7\frac{1}{2}$ Uhr unter dem Vorsitze des Grafen Bethusy-Huc in Vertretung des erkrankten Vorsitzenden Dr. Löwe zusammentrat, wohnte der „B. u. H.-Z." zufolge Graf Bismarck bei. Referent Abg. Lent erkennt an, daß die Denkschrift des Kurfürsten von Hessen einen Vertragsbruch enthalte; wenn aber nicht noch andere Momente den Kurfürsten belasteten, so sei das Maß nicht voll, um die Maßregel der Beschlagnahme des Vermögens zu rechtfertigen. Nachdem Korreferent v. Kardorff auseinandergesetzt, warum er die Beschlagnahme für durchaus geboten erachte, nahm Graf Bismarck das Wort: Er halte, führt er aus, die Beschlagnahme für dringend geboten. Der Kurfürst sei von der preußischen Regierung zu verschiedenen Malen von der Fortsetzung seiner Agitationen gewarnt worden, aber vergeblich, und wie aus Schriftstücken und Schreiben, aus Horsowitz datirt und von dem Kabinetsrath v. Schimmelpfennig gezeichnet, die er hiermit vorlege, zu ersehen, habe sich der Kurfürst noch immer als Souverän gerirt und die Schreiben seien in dem Maße weniger artig geworden, als die Eventualität eines Krieges näher getreten sei. Andere, vom Grafen Bismarck mitgetheilte Thatsachen bekunden, daß die Bestrebungen des Kurfürsten dahin gerichtet gewesen seien, eine herannahende Kriegsgefahr zu benutzen. Diese Besorgnisse vor einem drohenden Kriege seien im Sommer allerdings nicht zu unterschätzen gewesen und wenn im Volke das Gefühl vorgeherrscht habe, daß der Frieden nicht gesichert sei, so sei dieses Gefühl nicht unbegründet gewesen. Ein Ereigniß, das unverhofft eingetreten, habe diese Besorgnisse allerdings beseitigt. In Hietzing bestehe ein Comité, das sich zur Aufgabe gemacht hat, feindselige Agitationen gegen Preußen zu betreiben, in diesem Comité ist ein hessisches Mitglied, einer Adelsfamilie angehörend und vor 3 Jahren noch Adjutant des Kurfürsten, ein Däne und ein republikanisches Mitglied, welches auf einer Festung seine früheren Irrthümer abgebüßt hat. Beiläufig führte er an, daß er die bekannte Usedomsche Note erst aus den Zeitungen erfahren habe, sie sei ihm allerdings auf den Kriegsschauplatz nachgesandt worden, sie sei aber verloren gegangen. — Abg. Gneist sprach sich für pure Genehmigung aus, Abg. Virchow hielt eine Ablehnung der Vorlage und Einleitung der Klage auf Hochverrath für besser, worauf Graf Bismarck antwortete, daß sich aus politischen wie praktischen Gründen ein solches Vorgehen nicht empfehle. Referent Lent nahm von seinem Vorschlage in Folge der vom Grafen Bismarck gemachten Mittheilungen, namentlich in Bezug auf das Comité und auf die offiziell konstatirte Thatsache, daß die Denkschrift auch an die anderen europäischen Höfe abgesandt worden, das Maß also in der That voll sei, Abstand, worauf bei der Abstimmung der Gesetzentwurf mit 13 gegen 1 Stimme angenommen wurde, mit der selbstverständlichen Abänderung in §. 4, daß die Wiederaufhebung der Beschlagnahme nicht Königlicher Verordnung vorbehalten bleiben soll, sondern nur durch Gesetz erfolgen kann.

— Der öfter erwähnte Antrag des Abg. Richter (Sangerhausen), betreffend die badische Aufhebung des Verbots an dir evangelischen Geistlichen, gerichtlich geschiedene Ehegatten zu trauen, hat von Seiten der Referenten die entgegengesetzte Beurtheilung erfahren. Referent v. Schöning beantragt Ablehnung, Referent Twesten Genehmigung des Antrages.

Mecklenburg-Schwerin. Im Landtage wurde am 10. d. M. mit 53 gegen 37 Stimmen beschlossen, die Landeshülfe zum Bau der neuen Chausseen in diesem Jahre, der Finanzlage wegen, nicht zu gewähren. — Der Bericht des Justiz-Comité empfiehlt die Annahme der für Strelitz geltenden Verordnung, wonach einwandernde Juden verpflichtet sind, sich einer Gemeinde anzuschließen und zu den Gemeindelasten beizutragen.

Dresden, 11. Dezember. Der Prinz Hermann von Sachsen-Weimar ist vorige Nacht hier eingetroffen und im Hotel de Saxe abgestiegen.

— Sicherem Vernehmen nach wird Se. Exc. der Herr Buudeskanzler Graf v. Bismarck heute in Dresden eintreffen und bei Sr. Exc. dem Herrn Kriegsminister v. Fabrice abtreten. Seine Rückkehr nach Berlin soll morgen, Sonnabend, erfolgen.

Ausland.

Wien, 11. Dezember. Die „Neue freie Presse" erfährt, daß der Reichs-Finanzminister Baron v. Becke zum Internuntius in Konstantinopel an Stelle des Frhr. v. Prokesch-Osten bestimmt sei.

Brüssel, 11. Dezember. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer erklärte der Minister für öffentliche Arbeiten, die Regierung werde die Abtretung der luxemburgisch-belgischen Eisenbahn an die französische Ostbahngesellschaft nicht gestatten.

Bern, 11. Dezember. Der Ständerath hat heute den mit Oesterreich abgeschlossenen Handelsvertrag ratifizirt.

Paris, 9. Dezember. Der „Moniteur" bringt ein Kaiserliches Dekret über die Beaufsichtiguug der Kinderarbeit in den Manufakturgeschäften. Voran geht der Bericht, welchen der Minister für Landwirthschaft, Handel und öffentliche Arbeiten dem Kaiser zur Motivirung des Dekrets erstattet hat. Die Hauptbestimmungen des letzteren sind folgende: Die Kaiserlichen Ingenieure des Bergbaues übernehmen, jeder in dem Mineralbezirk, dem er zugetheilt ist, die Funktion eines Inspektors der Kinderarbeit in den Manufakturgeschäften nach Spezialinstruktion des Ministers für die öffentlichen Arbeiten. Es wird eine vom Kaiser zu ernennende Ober-Aufsichtskommission gebildet. Die Aufgabe der letzteren ist: Verbesserungen des Aufsichtsdienstes vorzuschlagen, die Reglements für denselben zu begutachten und ebenso andere damit verwandte Gegenstände, über welche der Minister Gutachten fordert, alljährlich einen Generalbericht zu erstatten über die Ausführung des Gesetzes hinsichtlich der Kinderarbeit. Wo die Regierung es für nöthig erachtet, wird eine Departemental-Kommission gebildet, welche über die Ausführung des Gesetzes hinsichtlich der Kinderarbeit in dem betreffenden Departement alljährlich berichtet.

— Rouher wäre gestern beinahe ums Leben gekommen. Als er durch die Rue Rivoli fuhr, stieß die Deichsel eines Lastwagens in sein Coupé. Glücklicher Weise kam er mit dem bloßen Schrecken davon.

Paris, 11. Dezember. „France" meldet: Alle Mittheilungen berechtigen zu der Hoffnung, daß schon vor Ablauf der für die Erwiderung Griechenlands gesetzten Frist eine befriedigende Lösung des griechisch-türkischen Konflikts herbeigeführt werden wird.

— In politischen Kreisen wird versichert, daß England und Frankreich dem österreichischen Kabinete Vorstellungen über die Erregtheit gemacht hätten, mit welcher von demselben die orientalischen Angelegenheiten behandelt würden.

London, 9. Dezember. Die Königin besuchte gestern in Begleitung der Kronprinzessin von Preußen und der Prinzessin Louise die zum Gedächtniß an den verstorbenen Prinzen Albert errichtete Kapelle im Windsorschloß und nahmen die vom Baron Triquete angefertigten großen Marmor-Tableaux, wozu die Prinzessinnen Victoria, Alice und Alexandra die Zeichnungen geliefert, in Augenschein. — Die Prinzessin Charlotte von Preußen, älteste Tochter des Kronprinzen und der Kronprinzessin von Preußen, besuchte gestern in Begleitung der Gräfin Reventlow und des Obersten A. Liddell den Krystallpalast in Sydenham.

— Ueber den gestern gemeldeten Untergang des Dampfers „Hibernia" gehen heute der Marine-Assekuranz-Gesellschaft Lloyds in London nähere Details zu. Der Dampfer, welcher den Packetdienst zwischen Glasgow und New-York versah, hatte am 13. November den Hafen von New-York verlassen. Etwa 700 M. von der irischen Küste entfernt, erhielt seine Maschine eine erhebliche Beschädigung. Er begann zu sinken, und Bemannung und Passagiere bewirkten ihre Rettung auf fünf Booten. Der Kapitän und 51 Mann wurden von dem nach Aberdeen fahrenden Schiffe „Star of Hope" an Bord genommen und auf der John O'Groats-Insel an's Land gesetzt, von wo aus sie sich nach Wick begaben. Ein Boot mit 31 Personen an Bord ist, wie der Kapitän berichtet, von den Wellen verschlungen worden. Die anderen zwei Boote mit 50 Personen werden bis zur Stunde noch vermißt. Die „Hibernia" war in 1865 aus Eisen erbaut worden, hatte 1616 Tonnengehalt und 350 Pferdekraft. Der durch den Verlust des Dampfers verursachte Schaden beträgt 100,000 Pfd. Sterl., die zum größten Theil durch Versicherungen gedeckt sind.

— Das letzte Schreiben, welches Berryer an den Grafen von Chambord gerichtet, lautet wie folgt:

An den Grafen von Chambord. O, Monseigneur, o, mein König! man sagt mir, daß ich an meiner letzten Stunde angekommen bin. Ich sterbe mit dem Schmerze, nicht den Triumph Ihrer Erbrechte gesehen zu haben, indem dieselben die Wiederherstellung und die Entwicklung der Freiheiten, deren unser Vaterland bedarf, zugleich bestätigten. Ich schicke diesen Wunsch gen Himmel für Ew. Majestät, für Ihre Majestät die Königin, für unseres theures Frankreich. Damit sie weniger unwürdig sind, von Gott erfüllt zu werden, verlasse ich das Leben, gerüstet mit der ganzen Hülfe unserer heiligen Religion. Adieu, Sire! möge Gott Sie beschützen und Frankreich retten. Augerville, 18. November. Ihr ergebener und getreuer Berryer.

Madrid, 11. Dezember. Durch Verfügung des Finanzministers Figuerola werden die Stellen der Regierungs-Kommissarien bei den Banken aufgehoben, nur bei der „spanischen Bank" soll der von der Regierung angestellte Gouverneur und zweite Gouverneur, sowie bei der Bank in Barcelona der Regierungsbevollmächtigte verbleiben. Auch bei den Kreditgesellschaften werden die Stellen der Regierungsaufseher abgeschafft Die Zeichnungen auf die Anleihe betragen 384 Millionen Realen. — Die amtliche „Gaceta de Madrid" veröffentlicht die Telegramme des kommandirenden Generals Caballero de Roda, worin er sagt, daß die Vorschläge der Aufständischen in Cadix derartig sind, daß man sich auf eine Besprechung derselben gar nicht einlassen könne; die fremden Konsuln haben nicht die Initiative zu denselben ergriffen, sondern sind nur mit ihrer Uebermittelung beauftragt worden. Die Feindseligkeiten haben daher heute Morgen wieder beginnen müssen.

Konstantinopel, 9. Dezember. Das griechische Patriarchat hat erklärt, den Anspruch der Bulgaren auf Selbstverwaltung der bulgarischen Kirche nicht erfüllen zu können, bevor nicht ein feierlich berufenes Spezial-Konzil der orthodoxen Kirche über diese Frage sich ausgesprochen hätte.

Pommern.

Stettin, 12. Dezember. Nach dem neuesten „Militär-Wochenbl." ist Belling, Sek.-Lt. von der Inf. des 1. Bats. (Gnesen) 3. pomm. Landw.-Rgts. Nr. 14, kommandirt zur Dienstl. bei dem ostpreuß. Train-Bat. Nr. 1, Sonnenburg, Sek.-Lieut. von der Inf. des 1. Bats. (Stargard) 5. pomm. Landwehr-Regts. Nr. 42, kommandirt zur Dienstleistung bei dem westph. Train-Bat. Nr. 7, im stehenden Heere, als Sek.-Lt., ersterer im ostpr. Train-Bat. Nr. 1, letzterer im westph. Train-Bat. Nr. 7, angestellt; Schlüter, Pr.-Lt. vom Train des 2. Bats. (Stralsund) 1. pomm. Landw.-Regts. Nr. 2, der Abschied bewilligt.

— Nachdem die Zweckmäßigkeit der Aufnahme der Verbandzeuge der Lazarethgehülfen in einer an der inneren Seite des vorderen linken Schoßtheils des Waffenrocks anzubringenden Tasche durch die neuerdings stattgefundenen Trage-Versuche bestätigt worden ist, haben Se. Majestät der König Allerhöchst zu bestimmen geruht, daß diese Einrichtung nunmehr allgemein eingeführt werden soll.

— Nach einem, von der technischen Kommission für pharmazeutische Angelegenheiten erstatteten Gutachten hat der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten unterm 30. v. M. bestimmt, daß, wo etwa sogenannte Sattelwagen in den Apotheken bei der Rezeptur angewandt werden, dieselben unverzüglich außer Gebrauch gesetzt werden.

— Der Gerichts-Assessor Saß bei dem Kreisgericht in Neustettin ist zum Kreisrichter mit der Funktion als Gerichts-Kommissarius in Ratzebuhr ernannt. Der Gerichts-Assessor Mohr aus dem Departement des Appellationsgericht zu Cöslin ist an das Kammergericht versetzt worden und der Auskultator Adolph Siedler bei dem Appellationsgericht in Greifswald zum Referendarius ernannt.

Ueckermünde, 11. Dezember. In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung wurde der Bürgermeister Hintze zu Pölitz mit 15 von 21 Stimmen zum Bürgermeister hiesiger Stadt gewählt.

Rügenwalde, 11. Dezember. Der Schooner „Ferdinande," Neitzel, von Stettin mit Gütern nach Stolpmünde bestimmt, ist heute Morgen 7 Uhr eine Meile westwärts von hier bei Neuwasser gestrandet.

Bahn, 10. Dezember. Scharlachfieber und Bräune grassiren hier sehr unter den Kindern. In einzelnen Schulklassen fehlen die Hälfte oder ein Viertel der Kinder, weil sie an der einen oder anderen Krankheit darniederliegen. Fast täglich kommen jetzt ein oder zwei Todesfälle vor.

Demmin, 10. Dezember. Daß die Auswanderungssucht bei uns nachgerade epidemisch geworden, werden folgende Zahlen beweisen. Seit dem 1. Januar 1867 bis jetzt verringerte sich die Einwohnerzahl des hiesigen Kreises durch Auswanderung um 2178 Köpfe, davon treffen auf das Jahr 1867 — 1118 Personen, auf das Jahr 1868 — 1060 Personen. Hierbei muß indessen bemerkt werden, daß die vorgedachten Zahlen nur diejenigen Europamüden repräsentiren, welche ihre Heimath mit legalen Pässen oder Urkunden verließen. Die Zahl der in beiden Jahren heimlich ausgewanderten Personen wird mindestens auf 800 zu veranschlagen sein und beträgt somit der Gesammtverlust durch Auswanderung rund 3000 Personen. Die mit Pässen ꝛc. ausgewanderten Personen klassifiziren sich wie folgt: 641 männliche Haushaltsvorstände, 95 weibliche desgl., 332 männliche und 353 weibliche Kinder unter 14 Jahren, ferner 190 unverheirathete männliche und 567 unverheirathete weibliche Personen. Dem Berufe nach gehören zur Land- und Forstwirthschaft: 553 Personen, Dienstboten 152, Handwerksgesellen 111, Handwerksmeister 26, Kaufleute 10, Gärtner 5, Inspektoren 1, Lehrer 2, Musiker 1, Angehörige der Vorstehenden und Berufslose 1317. Auffallend erscheint die Thatsache, daß circa der vierte Theil der jenseits des Oceans ihr Glück suchenden Personen aus heirathsfähigen Mädchen besteht.

Börsen-Berichte.

Stettin, 12. Dezbr. Witterung: Morgens Schneefall, Mittags schön. Temperatur + 3° R. Wind NW.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, pr. 2125 Pfd. loco gelber inländ 66–$67\frac{1}{2}$ Rt. bez., feinster 68 Rt., bunter 65 bis $66\frac{1}{2}$ Rt., weißer 67–69 Rt., ungar. 59–61 Rt., 83–85pfd. pr. Dezember 68 Rt. nom., Frühjahr $67\frac{3}{4}$, 68 Rt. bez, $67\frac{3}{4}$ Br. u. Gd., Mai-Juni 69 Rt. Br.

Roggen unverändert, per 2000 Pfd. loco 51 bis 52 Rt., feinster $52\frac{1}{2}$ Rt. bez., 88pfd. Garantie $52\frac{3}{4}$ Rt. bez, eine Partie geringer 50 Rt. bez., Dezember 51 Rt. Br., $50\frac{3}{4}$ bez., Dezember-Januar $50\frac{1}{2}$ Rt. Br., Frühjahr $50\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Gd., $\frac{1}{2}$ Br., Mai-Juni $50\frac{3}{4}$ Rt. Br. u. Gd.

Gerste pr. 1750 Pfd. loco Märker 48–49 Rt.

Hafer wenig verändert, pr. 1300 Pfd. loco galiz. u. poln. 30–31 Rt., pomm. $32\frac{1}{2}$–$33\frac{1}{2}$ Rt.

Erbsen per 2250 Pfd. loco Futter- 57–$58\frac{1}{2}$ Rt., Koch- 59–60 Rt.

Rüböl stille, loco $9\frac{1}{4}$ Rt., per Dezember $9\frac{1}{8}$ Rt. Br., $9\frac{1}{12}$ Rt. Gd., April-Mai $9\frac{7}{12}$ Rt. Gd., Septbr.-Oktober $9\frac{5}{6}$ Rt. Br.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß $15\frac{1}{24}$ Rt. bez, Dezember $14\frac{11}{12}$ Rt. Gd., 15 Br., Januar-Februar 15 Rt. Gd, Febr.-März $15\frac{1}{6}$ Rt. Gd., Frühj. $15\frac{1}{2}$ Gd.

Regulirungs-Preise: Weizen 68, Roggen $50\frac{3}{4}$, Rüböl $9\frac{1}{8}$, Spiritus 15 Rt.

Landmarkt.

Weizen 60–70 Rt., Roggen 51–55 Rt., Gerste 44–49 Rt., Hafer 32–35 Rt., Erbsen 57–60 Rt., Heu 15–20 Sgr. pr. Ctr., Stroh 7–9 Rt.

Berlin, 12. Dezember. Staatsschuldscheine $81\frac{1}{2}$. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$ % 94. Pomm. Pfandbriefe 84. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien $130\frac{3}{8}$ Meckl. Eisenbahn-Aktien $73\frac{1}{2}$. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien $192\frac{1}{4}$. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 94. Oesterr. National-Anleihe $54\frac{3}{4}$ Oesterreichische Banknoten 85. Russ. Noten $83\frac{1}{4}$. Amerikaner 6% $79\frac{1}{2}$. Hamburg 2 Mt. 150. London 3 Mt. $22\frac{5}{8}$. Paris 2 Mt. $80\frac{2}{3}$. Wien 2 Mt. $84\frac{1}{8}$. Petersburg 3 W. $81\frac{7}{8}$. Cosel-Oderberger $113\frac{1}{8}$. Lombarden 111.

Weizen fest, per Dezember 64, April-Mai $62\frac{3}{8}$. Roggen fester, per Dezember 51, $\frac{3}{4}$, Dezbr.-Januar $50\frac{5}{8}$, 51, per April-Mai 50, $\frac{1}{2}$. Rüböl behauptet, loco $9\frac{1}{2}$, per Dezember $9\frac{5}{12}$, $\frac{3}{8}$, pr. April-Mai $9\frac{3}{4}$. Spiritus still, loco $15\frac{13}{24}$, pr. Dezbr. $15\frac{7}{12}$, $\frac{2}{3}$, Januar-Februar $15\frac{7}{12}$, $\frac{2}{3}$, pr. April-Mai $16\frac{1}{12}$, $\frac{1}{6}$. Petroleum $7\frac{2}{3}$. Hafer pr. Frühjahr $31\frac{3}{4}$.